

# Bräuer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter  
und Publikationsorgan der Berufsverbände der Schweiz und in Oesterreich.

Nr. 13.

Erscheint jeden Freitag. — Postzeitungsliste Nr. 1342.  
Redaktion und Expedition: Burgstr. 9, Hannover.  
Verleger u. verantwortl. Redakteur F. Krieg, Hannover.  
Druck von Dörnte & Ueber, Hannover.

Hannover,  
25. März 1904.

Abonnementpreis pro Quart.: 1,50 Mk., unter Kreuzb.  
2 Mt.; f. d. Ausl. 2 Mt., u. Kreuzb. 2,50 Mk. — Einzel-Nr.  
20 Pf. — Geschäfts-Ferretate: die sechsgep. Pettizette  
30 Pf., 5. Wiederh. Rabatt. Abn. Inserate die Pettizette 20 Pf.

14. Jahrg.

## Zur Beachtung.

Die Abrechnungen vom 1. Quartal sind sofort nach Quartalschluss zwecks Aufstellung der Abrechnung und Bericht des Hauptvorstandes an den Verbandstag einzusenden.  
Der Hauptvorstand.  
J. A.: G. Bauer.

Die Nummer 14 der „Bräuer-Zeitung“ kommt am Dienstag, den 29. März, zum Versand. Einwendungen für diese Nummer müssen bis Montag, den 28. März festh in Händen der Redaktion sein.

## Urteil eines Landgerichts auf Grund des § 616 des B. G. B.

Das Urteil ist schon insofern interessant, als es unseres Wissens das erste Mal ist, daß ein Landgericht zu einem Urteilspruch auf Grund des § 616 des B. G. B. gekommen ist bezw. veranlaßt wurde, und zum zweiten noch außerdem bedeutsam, als das Landgericht auch einen Zeitraum von acht Wochen noch als eine „verhältnismäßig nicht erhebliche“ auf Grund des § 616 des B. G. B. angesehen hat. Der Sachverhalt ist folgender:

Der Korrektor einer größeren Druckerei in Frankfurt a. O., der als Einjährig-Freiwilliger gebildet hatte, hat eine achtwöchige militärische Übung absolvieren müssen. Für diese Zeit verlangte er seinen Lohn von der Druckerei. Diese weigerte sich, zu zahlen. Der Korrektor klagte beim Gewerbegericht in Frankfurt a. O. auf Auszahlung des Lohnes, wurde aber abgewiesen. Nunmehr legte er Berufung beim Landgericht ein. Die Zivilkammer des Landgerichts verurteilte dann auch die Druckerei zur Zahlung des Lohnes für die acht Wochen militärischer Übung.

Zur Urteilsbegründung führte das Landgericht an, daß es nach der Auskunft beim Bezirkskommando feststehe, daß Kläger ohne seine Zustimmung zur militärischen Dienstleistung eingezogen wurde, also ohne sein Verschulden an der Dienstleistung beim Beklagten verhindert war. Es war sonach nur noch zu prüfen, ob die Verhinderung von 8 Wochen als eine „verhältnismäßig nicht erhebliche“ anzusehen sei. Dem Beklagten war es bekannt, daß Kläger, der als Einjährig-Freiwilliger diente, zu militärischen Übungen, und zwar zu längeren — bis 8 Wochen — wider seinen Willen eingezogen werden konnte. Nach den sozialen und politischen Verhältnissen in Deutschland muß aber sollte auf solche Personen, welche an sich schon benachteiligt sind gegenüber solchen, die gar nicht gehindert haben, besondere Rücksicht bei ihren Verhältnissen genommen werden. Kläger ist ohne zwangsweise Unterbrechung über 4 Jahre beim Beklagten tätig gewesen. Die Verhinderung ist auf die ganze Dauer der Beschäftigung, also auf die erwähnten 4 Jahre in Anrechnung zu bringen, und nicht, wie es der Beklagte will, auf ein Jahr. In Erwägung dessen, und des Grundes der Verhinderung, sowie endlich des Umstandes, daß der Betrieb des Beklagten ein großer ist und mit einem verhältnismäßig zahlreichen Personal geführt wird, ist bei dem für die zur Dienstleistung Verpflichteten wohlwollenden Standpunkt des Bürgerlichen Gesetzbuches anzunehmen, daß, wie im vorliegenden Falle, auch eine achtwöchige Verhinderung an der Dienstleistung als eine „verhältnismäßig nicht erhebliche“ anzusehen und der Lohn für diese Zeit zu zahlen ist.

Hinweisen wollen wir noch darauf, daß auch das Landgericht die Gehebligkeit oder Nichterheblichkeit der Verhinderung an der Dienstleistung nach der Dauer der Beschäftigung gemessen hat, und nicht nach der Dauer der Kündigungsfrist, wie seinerzeit die Kammer VII des Gewerbegerichts Berlin in Sachen des Hausdieners S.

## Zum Verbandstag.

Zum Verbandstag und zu den Vorschlägen des Hauptvorstandes sprachen sich die Mitglieder der Zahlstelle Rosenheim in den letzten Versammlungen folgendermaßen aus: Besoldete Gaubeamte sollen nicht angestellt werden, da sie doch eine Unmasse Geld kosten und zur Agitation doch nicht viel Wert haben. Es ist an kleineren Orten nur möglich, die Versammlungen an Feiertagen abzuhalten, ferner müssen organisierte Kollegen schon dort sein, um die Leute zu einer Versammlung zusammenzuführen. Und welchen Wert würden solche Versammlungen haben? Mehr zerstreuen als vernichten. Wenn die Zahlstellen mit ruhiger Agitation nichts verbessern können,

wo sich in den meisten Orten die Brauereiarbeiter untereinander persönlich kennen, würde ein besoldeter Gaubeamter erst recht nichts machen können. Derselbe könnte dann wieder nicht überall sein, er müßte auch wieder Leute haben, die für ihn fortfahren können, und da viele Kollegen wegen ihrer Agitation mit einem gewissen Lohn verlieh nehmen müssen, sprechen sich die Mitglieder der Zahlstelle Rosenheim dahin aus, daß dem gesamten Gauvorstand eine Entschädigung für Lohnverlust und Arbeit für den Verband von 5 Prozent der Einnahmen an Beiträgen in ihrem Gau zukommen soll. Die Verteilung hätte die betreffende Zahlstelle, wo der Gau seinen Sitz hat, je nach der Arbeit der einzelnen im Gauvorstand zu besorgen.

Besoldete Beamte für Städte mit über 1000 Mitglieder dürfen ebenfalls nicht angestellt werden; es muß jede Zahlstelle gleich behandelt werden. Dafür, daß größere Zahlstellen mehr Arbeit haben, stehen auch mehr Kräfte zur Verfügung. Den Zahlstellenvorstellungen soll man 10 Prozent als Vergütung zukommen lassen; die größeren Zahlstellen sollen dann freie Hand haben, sie könnten sich mit diesen 10 Prozent selber einen Beamten für ganz anstellen. Von diesen 10 Prozent wäre auch den Vertrauensmännern eine Entschädigung zu geben.

Die Krankenunterstützung sollte vom 4. Tage ab gezahlt und die vom Hauptvorstand vorgeschlagene Staffelung eingeführt werden. Das Sterbegeld sollte ebenfalls eingeführt werden, und wenn alles dieses vorgeschlagene angenommen wird, wäre auch der Beitrag von 30 auf 40 Pf. pro Woche zu erhöhen. Diese Beitragserhöhung würde eine Mehreinnahme von 18 000 Mark vierteljährlich ergeben, die Mehrausgabe von 10 Prozent an Entschädigung für Gau- und Zahlstellenvorstandchaft 7000 Mark, verbleiben immerhin 11 000 Mark pro Vierteljahr, um die Krankenunterstützung so zu verbessern, wie hier vorgeschlagen ist.

So J. Niederhuber, Brannenburg.

Die Vorschläge des Hauptvorstandes betreffs der besoldeten Gau- und Zahlstellenbeamten veranlassen auch mich, unsere Presse in Anspruch zu nehmen. Der Hauptvorstand war laut Beschluß des letzten Verbandstages beauftragt worden, Vorschläge bis zum nächsten Verbandstage auszuarbeiten betreffs Anstellung von besoldeten Gaubeamten, sowie Anstellung von besoldeten Zahlstellenbeamten, wo die Mitgliederzahl Tausend überschritten hat. Nun war dieser Beschluß meines Erachtens nach schon ein sehr unglücklicher, denn wenn man sich die Frage vorlegt: Hatte der letzte Verbandstag wohl Grund dazu, so mußte man unwillkürlich sagen: nein. Denn die Gauleitungen hatten bis dato wenig Erfolge erzielt mit ihrer Arbeit, speziell in Norddeutschland, denn da gibt es Gauvorstände, von denen man während der letzten drei bis vier Jahre nichts gehört hat. Ich bin nun der festen Überzeugung, daß den besoldeten Beamten daselbst das gleiche Schicksal widerfahren wird. Bedenke man doch, wenn man das große Deutschland in sechs Gauen eingeteilt und die ganze Agitation, sowie statistische Erhebungen, Einschreiten bei Lohnbewegungen usw. in die Hände der Gaubeamten legen will, so wird wohl kaum etwas den großen Ausgaben entsprechendes erzielt werden. Denn ich bin der festen Meinung, daß, nachdem diese Gaubeamten angestellt sind, ihnen viele Arbeit aufgebürdet wird, die bis dato von den Zahlstellen verrichtet worden ist, und ja eigentlich mit Recht, denn es wird sich eben jeder auf die Befolgung der Beamten berufen und deshalb werden wir hiermit wenig erreichen.

Was Agitation anbetrifft, so glaube ich, kann sie am allerbesten von den Zahlstellen betrieben werden, möge man daher in sämtlichen größeren Zahlstellen Agitationskommissionen einsetzen, damit werden wir vieles erreichen und viel Geld sparen. Ich will allerdings nun zugeben, daß dem Hauptvorstand durch das stetige Steigen an Mitgliedern auch immer mehr und mehr Arbeit aufgebürdet wird, so daß es ihm unmöglich ist, bald hier, bald dort hinzureisen, um zu agitieren usw., denn bei einer Mitgliederzahl, wie wir sie jetzt haben, gehört der Hauptvorstand meines Erachtens nach stets an Ort und Stelle. Ich möchte daher den Vorschlag machen, daß auf dem künftigen Verbandstag eine tüchtige rednerische Person angestellt wird, die die Agitation auf Anweisung des Hauptvorstandes zu betreiben hat, wo unsere Organisation noch nicht vertreten ist. Selbiger hätte ebenfalls einzutreten bei Lohnbewegungen, die einen ernsten Charakter annehmen. Was die Zahlstellenbeamten anbetrifft, wäre ich nicht abgeneigt, wenig mit dem Sektorenwesen aufgeräumt würde, was uns wohl noch allerdings viele Schwierigkeiten bringen wird.

Was unser Unterstufungswesen anbetrifft, so möchte ich doch betonen, daß wir (ausgenommen die Buchdrucker) so ziemlich an der Spitze aller Gewerkschaften marschieren und eine Erweiterung des Unterstufungswesens auch eine Erhöhung der Beiträge zur Folge haben würde. Ich möchte doch noch erst voraus schicken, daß wir doch keine Unterstufungsorganisation sind, sondern eine Kampforganisation. Durch die Erhöhung der Beiträge von 30 auf 40 Pf. fürchte ich, daß wir viele Mitglieder verlieren und außerdem in unserer Agitation sehr gehemmt werden. Bedenke man doch, daß da, wo unser Agitationsfeld liegt, auch die niedrigsten Löhne gezahlt werden; daß es doch selbstverständlich ist, daß es diesen Leuten nun, die einen Wochenlohn von 15, 14, 13 und 12 Mk. haben, vor den Kopf stößt, wenn sie von einem Wochenbeitrag von 40 Pf. hören. Das macht ja für das ganze Jahr beinahe zwei Wochenlöhne für solche aus. Daher kommt es denn ja auch, daß solche sich sehr sträuben, in unsere Organisation einzutreten. Aus diesen Gründen ersuche ich doch diesen Punkt sorgfältig zu prüfen. Die Einführung der Sterbelaße denke ich mir in folgender Weise: Bei jedem zehnten Todesfall auf die gesamten Mitglieder hat jedes Mitglied eine 10 Pfennigmarke zu entnehmen; wir würden dann im Stande sein, ein Sterbegeld von 150 bis 170 Mk. zu zahlen. Ich glaube nun mit diesen meinen Vorschlägen unserer Organisation bestens dienen zu können.

A. Posty, Ueber.

In Nr. 7 unseres Verbandsorgans beantragt der Hauptvorstand, den Anregungen des letzten Verbandstages entsprechend, besoldete Gaubeamte anzustellen.

Das jetzige System der Gaueninteilung hat sich bis jetzt für nicht genügend erwiesen, speziell für die östlichen Provinzen Schlesien, Posen, Pommern, Ost- und Westpreußen, wo sich doch hier noch ein großes Arbeitsfeld für die Organisation bietet. Schreiber dieses war mehrere Jahre in einzelnen Provinzialstädten beschäftigt und hat gefunden, daß besonders für diese Teile sehr wenig oder gar nichts getan wurde, was auch völlig erklärlich ist, da die betreffenden Agitatoren nicht völlig unabhängig, daher neben der Agitation auch das private Arbeitsverhältnis zu berücksichtigen haben, um auch immer ergebnisfähig zu bleiben. Für diese Distrikte wäre es besonders wünschenswert, wenn der Verbandstag beschließen würde, völlig unabhängige Beamte anzustellen, damit in diese bis jetzt fast völlig verschlossenen Winkel auch endlich Licht dringe.

Die in Vorschlag gebrachten Gehälter brauchen ja nicht auf das höchste bemessen zu werden; ein Anfangsgehalt von 1400 Mark könnte vorläufig als genügend betrachtet werden, unter Beibehaltung der in Nr. 7 des Verbandsorgans Abj. 5 angeführten Daten.

Die Erhöhung der Beiträge betreffend, würden 40 Pf. pro Woche genügen, da wir doch auch mit einem großen Teil milder bezahlter Brauereiarbeiter zu rechnen haben, für welche 40 Pf. hoch genug, 50 Pf. aber unmöglich zu leisten und gezahlt werden würden, da die finanzielle Lage derselben es nicht gestattet, derartige hohe Ausgaben zu bestreiten.

Paul Jahnig, Dederan.

Zu dem Antrag des S. Gaus auf Einführung stufenweiser Beiträge bemerke ich folgendes:

Kaum ein Verbandstag ist vergangen, welcher den Mitgliedern nicht eine Mehrleistung in irgend einer Form auferlegt hätte. Es ist nicht zu verkennen, daß dies im Interesse der Agitationsfähigkeit des Verbandes notwendig war. Im Interesse der Agitation ist aber diese Last häufig von entgegengelegter Wirkung. Der Verbandstag will diesmal so eine Art Jubiläum feiern. Es steht bei seiner Zusammenkunft ungewissheit fest, daß die Erhöhung um 100 Prozent seit Gründung des Verbandes perfekt wird. Da halte ich es doch für nötig, diese Last etwas näher zu beleuchten. Als der Verband gegründet resp. reorganisiert wurde, waren die Lohnverhältnisse allerorts sehr schlecht. Man wußte auf dem damaligen Verbandstage sicherlich sehr wohl, daß ein Beitrag von monatlich 80 Pf. nicht hinreichen würde, um recht erhebliches zu leisten. Man hat ihn aber so niedrig gesetzt, weil man eingesehen hat, daß bei einem hohen Beitrag die Kollegen bei ihren schlechten Löhnen nicht zu gewinnen waren; das war aber in erster Linie notwendig, wollte man weiterbauen. Ich selbst habe bei der Gründung des Verbandes in Fürth lebhaft agitiert; die Gründung der Zahlstelle wäre damals kaum möglich gewesen, wenn die Woche 40 Pf. Beitrag verlangt worden wären; 80 Pf. im Monat, noch nicht ganze 20 Pf. die Woche, konnte man schon riskieren. Die meisten der Kollegen, welche bei der Gründung des Verbandes tätig gewesen sind, werden die Richtigkeit dieser Ausföhrung bestätigen.

Warum will man heute von diesem Grundsatze so weit abweichen, auf welchem das städtische Gebäude unseres Verbandes aufgebaut ist? Oder gibt es denn keine Orte mehr, wo die Verhältnisse ebenso schlecht und noch schlechter sind, als bei Gründung des Verbandes im allgemeinen? Wenn das aber der Fall ist, und es wird doch niemand bestreiten, daß es so ist, warum soll auf diese Verhältnisse keine Rücksicht mehr genommen werden? Es ist ganz einfach unmöglich, eine Zahlstelle zu halten, wenn Löhne von 6 oder 5 Mk. bei ungenügender Kost oder 55 Mk. ohne Kost bezahlt werden. Schon die Aufnahme ist diesen Leuten ein oft nicht zu leistendes Opfer; 1 Mk. Ausnahme und 1,60 Mk. für den Monatsbeitrag, also 2,60 Mk. hinzulegen, ist ihnen häufig einfach nicht möglich. Und wenn ja, so wird ihnen auf die Dauer der regelmäßigen Beitrag zu viel, Verbesserungen sind oft erst nach Jahren möglich, und die Folge ist, daß ein Stück um das andere von einer solchen Zahlstelle abbröckelt und schließlich nur noch kümmerliche Fragmente übrig bleiben, die wohl aus den überzeugten Kollegen bestehen, aber nicht mehr imstande sind, Erfolge zu erzielen. Hoffentlich verschließt sich der Verbandstag, der leider wieder fast ausnahmslos aus Vertretern der großen Zahlstellen zusammengesetzt sein wird, der Einsicht nicht, daß für die Gewinnung der Kollegen von kleineren und zurückgebliebenen Orten etwas getan werden muß, sonst haben wir bald keinen Verband mehr, welcher sich über ganz Deutschland erstreckt, sondern einen, der sich auf die größeren Städte beschränkt.

Ich bin der Ansicht, daß die Anstellung besoldeter Gaubeamter hauptsächlich deshalb erfolgen soll, um unserem Verband in allen Winkeln des Landes Eingang zu verschaffen. Der Verbandstag wird einen allenfallsigen diesbezüglichen Beschluß teilweise sofort wieder illusorisch machen, wenn er den Beitrag für alle männlichen Mitglieder auf 40 Pf. festsetzt. Verschiedene Verbände sind uns mit der Staffelung vorangegangen und haben sehr gute Erfahrungen gemacht, und doch gibt es kaum ein anderes Gewerbe, in welchem so ungeheure Verschödenheiten in den Lohnverhältnissen existieren, wie in der Brauerei. Kann denn ein Kollege, welcher 35 Mk. pro Woche verdient, nicht leichter rüchentlich eine Mark Beitrag bezahlen wie einer, welcher 50 Mk. im Monat, wöchentlich 25 Pf. Beitrag? Und dieser Unterchied existiert! Die Grundlage einer Organisation und ihr Wertmesser ist die Betätigung der Solidarität, das Bestreben, unter der selbstlosen Darbringung von Opfern rückständigen, bedrängten Kollegen zu helfen ohne persönlichen persönlichen Vorteil. Die Staffelung der Beiträge erfordert solche Opfer. Es wird sich zeigen, ob sich die Mitglieder unseres Verbandes zu so selbstloser Solidarität emporgeschwingen haben, um sie zu bringen. Notwendig sind sie im Interesse des Verbandes. Die Gegner der Staffelung sollten sich in der „Bräuerzeitung“ vernehmen lassen und nicht erst am Verbandstage durch ihre Argumente einen so wichtigen Antrag zu Fall bringen, damit den Verbandskollegen in der Öffentlichkeit gezeigt werden kann, ob die Gegenstände stichhaltig sind oder nicht.

Martin Gbel, Fürth.

# Korrespondenzen.

**Barmen.** Am 5. März fand unsere Monatsversammlung, die häufig besucht war, bei Quhn statt. Nach Erledigung des ersten Punktes wurde der Bericht von der Gaukonferenz erstattet, aus dem zu entnehmen war, daß verschiedene Jahrestellen des Gauers ein schweres Stück Arbeit hinter sich hatten. Zum Punkt Verbandstag entspann sich eine lebhafteste Debatte. Die Redner wiesen darauf hin, daß, wenn der Verband all den Anforderungen gerecht werden soll, die höchstmögliche an den Verbandstag gestellt werden, z. B. Ausdehnung des Unterstützungswesens, sich unbedingt eine kleine Erhöhung der Beiträge notwendig macht. Schließlich wurde eine Kommission gewählt, die damit betraut wurde, die besprochenen Anträge zu formulieren und der nächsten Versammlung vorzulegen. Aus dem Kartellbericht war die Errichtung eines Arbeitersekretariats zu erwähnen, doch konnte man zu einem Schluß nicht kommen und soll zu diesem Punkt ein kundiger Redner ein Mejerat halten. Unter „Verschiedenes“ kam wieder die Brauerei Bremen in die Debatte, woraus zu erfahren war, daß der in der letzten öffentlichen Versammlung gefaßten Resolution nicht nachgegeben worden ist; diese verlangte Abschaffung der Mißstände, welche hauptsächlich in der Zurückhaltung und Schamierung der dort beschäftigten Organisierten bestehen. Die schuldigsten und schwersten Übeln werden diesen jahrelang zur Berrichtung aufgegeben, dagegen werden unorganisierte und sündige Arbeiter an gewisse Posten gestellt. Jedemfalls glaubt die Firma, die Ueberdüssigen auf diese Art los zu werden, trotzdem haben die Organisierten bis jetzt tapfer ausgehalten. Mit dem Versprechen und Worthalten nehmen es die Herren nicht so genau. Es wurde das Versprechen gegeben, einen Kollegen, der zurückgekehrt ist, in nächster Zeit von seinem Posten zu entheben, aber bis heute wartet man noch darauf. Auch wird der Lohnzins in dieser Brauerei nicht eingehalten. Wenn es nicht paßt, der kann gehen, so sagt kurzweg Herr G. Braume. Sollten die Mißstände so weiter bestehen, so wird der Geduldsfadens schließlich doch mal reißen.

**Bern.** In der Brauerei Gahner (s. Altenberg) treibt seit Jahren ein unheimlicher Geist sein Wesen, genannt „der Budel“. Wiederholt spukte er auch schon in den Spalten der „Berner Tagewacht“, weiß doch mancher, der da unten anschieben mußte, ein Bledlein davon zu fangen. Er ist wie ein unartiger Knabe. Hat ein Vater, wie das ja leider noch häufig vorkommen soll, seinen Buben einmal tüchtig verboxen, so ist dieser für eine Weile hübsch artig und ruhig. So auch unser „Budel“. Geschwätze die Arbeiterorganisation sich über ihn, oder gab ihm einen Wink mit dem Zaunpfahl durch die Presse, so wurde er für eine Weile launiger und gahm. Bis alles vergessen war und der alte Knack wieder losging. Jahre lang hat man darauf gewartet, daß er sich zu ernste werde, aber sein Verhalten hat gezeigt, daß er unverbesserlich ist, und daß nur dann Ruhe und Frieden in das Geschäft einkehren wird, wenn dieser unruhige Geist es verlassen haben wird. Schon am 13. Februar 1901 hat Frau Gahner dem Zentralvorstand des Schweizerischen Brauereiarbeiterverbandes die schriftliche Erklärung abgegeben, daß Braumeister Bogenschütz, sobald nochmals berechtigten Klagen gegen ihn einlaufen, deren Untersuchung an einen Ungünstigen ausfällt, nach monatlischer Kündigung aus dem Geschäft entlassen werde. Bogenschütz ist angewiesen, mit den Arbeitern verträglich zu verkehren und sie anständig zu behandeln.“ Drei Jahre hat die Organisation nun zugewartet, obgleich über die Behandlung der Arbeiter durch Bogenschütz fortwährend Klagen einliefen. Auf Grund der sich immer wiederholenden Klagen beschloß nun die letzte Versammlung der Sektion Bern des Brauereiarbeiterverbandes, die Entlassung des B. zu verlangen. Frau Gahner gab jedoch auf zwei Briefe in dieser Angelegenheit keine Antwort, so daß wir annehmen müssen, daß sie nicht gewonnen sei, ihr feierlich gegebenes Versprechen einzulösen. Es bleibt uns deshalb nichts weiter übrig, als an die Öffentlichkeit zu appellieren. Frau Gahner hat in der genannten schriftlichen Erklärung ferner versprochen, „das Freieier“ auszugeben zu wollen, sobald die anderen Brauereibetriebe der Stadt Bern dazu bereit sind.“ Bekanntlich haben die Brauereien zum Gurten und Och die Förderung der Arbeiterorganisation erfüllt und zahlen das Freieier aus; Frau Gahner aber macht keine Miene, ihrem Versprechen nachzukommen, trotz wiederholter Mahnungen. Hat sich Herr G. trotz jahrelanger Sträubens veranlaßt gesehen, den Drängen der Arbeiterchaft endlich doch nachzugeben und ihre Forderungen zu erfüllen, so wird auch Frau Gahner sich nicht vergeblich, wenn sie dem wohlberechtigten Verlangen der Arbeiterchaft nachkommt und ihr Versprechen einlöst. Die organisierte Arbeiterchaft, die den Brauereiarbeitern im Kampfe um diese Forderung bereits ihre Solidarität bewiesen hat, wird ihr auch gern zur Seite stehen im Kampfe gegen die Brauerei Altenberg, bis die Frau Gahner ihr Versprechen einlöst.

**Wohlm.** Die Versammlung vom 6. März war sehr gut besucht. Aufnahmen waren 3, Umschreibungen 2. Beim Punkt „Kartellbericht“ wurde der Delegierte nach lebhafter Debatte beauftragt, bezügl. einiger Angelegenheiten in der nächsten Sitzung des Kartells ganz energisch vorzugehen. Betr. Anträge zum Verbandstag wurde eine Kommission gewählt, welche in Verbindung mit den Nachbargemeinden Anträge auszuarbeiten hat, um diese einheitlichen Anträge dem Verbandstag vorlegen zu können. Jedoch müssen sämtliche von der Kommission ausgearbeiteten Anträge der nächsten Versammlung vorgelegt werden. Im Verschiedenen beschränkten sich die Kollegen wieder über Mißstände in der Brauerei Scharpenfeil, mit der wir uns schon in der letzten Versammlung beschäftigt haben. So ist es jetzt vorgekommen, daß einem organisierten Kollegen sein Monatslohn von 99 auf 96 Mk. reduziert wurde. Die Zahlung von 99 Mk. sollte ein „Reisen“ sein. Braumeister Wagner sagt, weil ein verheirateter Kollege, welcher sogar einen Vertrauensposten bekleidet, nur 96 Mk. ohne Abzug bekommt, müßten auch jenem die 3 Mk. abgezogen werden. Hat die Betriebsleitung nicht die Empfindung, daß es gerechter wäre, die niedrigen Löhne hinauf, anstatt die höheren, an sich doch gewiß noch sehr niedrigen Löhne herunterzusetzen? Dieser Fall beweist wieder, wie notwendig eine starke Organisation, die Einigkeit sämtlicher Kollegen ist. Ferner wurde noch über zwei Brauereien Klage geführt, wogegen Stellung genommen werden soll.

**Brannschweig.** Die Versammlung vom 2. März war erfreulicherweise gut besucht. Aufnahmen hatten wir zwei zu verzeichnen. Unter „Verschiedenes“ kamen wieder etliche Sachen von einigen Brauereien zur Sprache. So wird aus dem Bärgerlichen Brauhaus mitgeteilt, daß Ueberstunden mitunter abgeschrieben werden. Wir wollen hoffen, daß eine Anregung von Seiten der Kollegen dieser Brauerei genügen wird, um Abhilfe zu schaffen. — Von Balhorn Brauerei erfahren wir, daß in letzter Zeit ein Automat aufgestellt ist, welcher selbsttätig den Hausstraß für das Hauspersonal verabreicht. Unseres Erachtens nach will man dadurch den Mann, der sonst den Hausstraß ausgab, anderweitig verwenden. Ubrigens wird gerade auf Balhorn Brauerei sehr an Löhnen gespart. Hauptächlich hat man es auf die gelehrten Leute abgesehen. Weht ein Kollege weg, so wird keiner wieder eingestellt, sondern man ist gleich bei der Hand, einen billigeren ungelerneten Arbeiter an dessen Posten hinzustellen. Dasselbe muß von der Brauerei Kräger berichtet werden. Herr Kräger macht wohl in hiesigen Zeitungen große Reden, daß der Anstoß von Jahr zu Jahr um so und so viel tausend Geldl. weiter gestiegen ist. Wir möchten ihm aber einmal den Rat geben, daß er auch mal in den Zeitungen veröffentlicht, daß er in seinem Geschäft bei nahezu 35 000 Hektoliter nur vier gelehrte Brauer beschäftigt.

Weiter möchten wir an Herrn Kräger die Frage richten, weshalb er den Bruder des Braumeisters, welcher Hilfsarbeiter ist, aber als gelehrter Brauer gilt, nicht als Glöschenermeister hinstellt, wo doch jetzt ein vollständig unerfahrener Mann ist. Herr Kräger wird das auch wohl schon eingesehen haben, da ja oft genug Klagen von seinen der Konsumenten einlaufen. Aber das schadet nichts, hier spielen nur die billigen Arbeitskräfte die Hauptrolle. Es sind also die Brauereien Kräger und Balhorn in diejenigen Geschäfte hier am Orte, welche die meisten Hilfsarbeiter an Brauereibetrieben beschäftigen und danach trachten, immer noch mehr gelehrte Leute los zu werden, um dann wieder ungelernete billigere Leute einzustellen. Die Versammlung war der Meinung, daß dahin gewirkt werden müsse, daß diejenigen Hilfsarbeiter, welche die Stelle eines Brauers einnehmen, auch den Lohn eines Brauers erhalten. Zum Schluß wurde noch aufgefodert, zur nächsten Versammlung zahlreich zu erscheinen.

**Bremen.** Sektion I. Versammlung vom 5. März. Nach Erledigung des geschäftlichen Teiles wurde über die Anträge des Hauptvorstandes zum Verbandstag verhandelt. Mit der Anstufung von 6 Gaubeamteten kann man sich hier nicht befassen, da dies ein zu kostspieliges Experiment ist, obwohl die Wichtigkeit und Zweckmäßigkeit derselben nicht verkannt wird. Man ist eher geneigt, dem Vorstand noch zwei Hilfskräfte zu bewilligen. Der Antrag über die Unterstützungen wurde verworfen, da die Unterstützungen vollständig unzureichend sind. Es wurde empfohlen, daß der Verband eine Krankenzusatzkasse gründe, in welcher den Mitgliedern der bei Krankheitsfällen eintretende Lohnverlust ungefähr ersetzt wird. Man glaubt, daß die Mitglieder dann einer Erhöhung der Beiträge eher zustimmen werden, als bei dem jetzt vom Hauptvorstande gemachten Antrag, weil es dann keiner nötige hätte, sich in einer zweiten Klasse zu verfahren. Beschluß: darüber sollen in der nächsten kombinierten Versammlung gefaßt werden.

**Breslau.** Die am 15. März im Vereinslokal abgehaltene kombinierte Versammlung war gut besucht. Vom Stützungsbeitrag der Ueberjahr 77,55 Mk. davon wurden 17,55 Mk. dem Kartell, der Rest von 60 Mk. an gleichen Teilen der Lokalfasse beider Sektionen überwiesen. Punkt 2, Anträge zum Verbandstage und Gaueinteilung, wurde nach längerer Debatte beschlossen, die Vorschläge vom Hauptvorstande gutzuheißen. Unsere Anträge sind aber folgende: In bezug auf Gaueinteilung soll so viel wie möglich berücksichtigt werden, schon der schwierigen Agitationsverhältnisse halber, daß der Sitz des Gauers I nach Breslau kommt. Der Verbandstag soll nur alle drei Jahre stattfinden, die Statuten nicht fortwährend geändert werden. Sollte dies unmöglich sein, so sollen in Rücksicht auf Erparnisse die Veränderungen als Nachtrag zum Statut gedruckt werden. Punkt 2, Verwendung der Mälzerei-Kampagne, wurde der Vorstand beauftragt, den Besitzern ein Schreiben zu schicken in bezug auf die Ausstellung, und den Vorschlag zu machen, daß von den älteren Kollegen jeder abwechselnd ein paar Wochen beurlaubt wird. Unter „Verschiedenes“ kamen wieder schwerwiegende Ungerechtigkeiten seitens eines der ersten Vertriebsleiter einer hiesigen Brauerei zur Sprache. Was mag wohl das Ansehen für einen Zweck haben, daß die Arbeiterpresse öffentlich auf dem Tische liegt? Diefelbe hat doch dem Herrn beim Vorbeigehen nicht im Wege gelegen? Auch wurde ein Kollege in dieser Brauerei wegen Meinungsverschiedenheiten entlassen, weil er Mitglied unseres Verbandes ist. Nach diesem Falle schlägt ein Arbeiter von derselben Brauerei einem seiner Mitarbeiter das Gesicht grün und blau, daß er laut Beschimpfung des Vorgesetzten beider Lippen, Schlämhaute und Schwellung hinter beiden Ohren davonträgt. Das schadet aber nicht, ist ja ein Vorlieb der Geschäftsführung, ein Unorganisierte, für diese Brauerei wird er ja später einmal einen Pels bekommen; es ist eben das Bauchschlagen und Pfeiftragen nicht jedem gegeben. Bei der Unterhandlung mit der Kommission ist der Herr immer sehr zuvorkommend; im Innern sieht es aber bei ihm anders aus. Das beweist die Leugnung: „Na, jetzt haben wir wieder einen draußen!“ Unserer Kommission gelang es nicht, die Entlassung rückgängig zu machen. Es wurde beschlossen, nicht eher zu ruhen, bis diese Angelegenheit zu unserer Zufriedenheit geregelt sein wird. Denn dieses ist seit langem keine Zeit die sechs Entlassung und alles Mitglieder des Verbandes. Wir verlangen, daß die Herren Gerechtigkeit üben, und werden uns auch von dieser Brauerei die Ungerechtigkeiten nicht gefallen lassen.

**Chemnitz.** Eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung tagte am 6. März in der „Kulmbacher Bierhalle“. Kollege Schannhäuser berichtete über die Tätigkeit des Vertrauensmannes und des Agitationskomitees. Die Arbeit derselben war nicht leicht. Am Anfang des Geschäftsjahres, am 1. Januar 1903, war ein Bestand von 86, am Jahresabschluss dagegen von 251 Mitgliedern zu verzeichnen. Man kann aus diesen Zahlen ersehen, daß das Agitationskomitee sich alle Mühe gegeben und keine Arbeit gescheut hat, um die Fernstehenden für den Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter zu gewinnen. Nach Erledigung der verschiedenen Wahlen beschäftigte man sich mit den Zuständen in der Germania-Brauerei in Gabeln. Am Sonntag vor 8 Tagen mußte ein Teil des Personals eine alte Schiene reinigen, obwohl schon 14 Tage vorher bekannt war, daß diese Arbeit schlecht abläuft. Die Arbeit dauerte bis vormittags 10 1/2 Uhr. Am Vortag wurde bis vormittags 9 1/2 Uhr gearbeitet. Im übrigen hat sich Herr Braumeister Apelt wieder einmal wenig anständig gezeigt, indem er einem dort beschäftigten Arbeiter Schellen angeboten hat. Auch sonst soll die Behandlung derartig sein, daß den Leuten die Lust zur Arbeit vergeht. Nachdem noch einige belanglose Sachen erledigt waren und der Vorsitzende die Anwesenden zur regen Agitation aufgefordert hatte, damit auch der letzte Mann der Organisation angehört, erfolgte der Schluß der Versammlung.

**Dessau.** Die gut besuchte Versammlung vom 12. März beschäftigte sich nach Entgegennahme des Kartellberichts mit dem von der Tarifkommission ausgearbeiteten und der Versammlung vorliegenden Tarifentwurf. Derselbe wurde für gut befunden und soll sofort an die hiesigen Brauereien gefandt werden, um, wenn möglich, mit dem 1. April noch in Kraft treten zu können. Als Delegierter zum Verbandstage wurde einstimmig Repig-Halle und als Organmann Lohse gewählt. Unter „Verschiedenes“ wird die Angelegenheit des Kollegen A. dahin geregelt, daß demselben seine Forderung aus der Lokalfasse gedeckt wird. — Im April soll im „Hoffäger“ ein Kränzchen stattfinden.

**Dortmund.** Die Versammlung vom 6. März war gut besucht. 5 Kollegen ließen sich aufnehmen. Zunächst befaßte sich die Versammlung mit den Vorschlägen des Hauptvorstandes zum Delegiertentage. Mit dem Vorschlage der Krankenzusatzkasse waren verschiedene nicht einverstanden, sie stellten sich vielmehr auf den Standpunkt, daß auf dem letzten Verbandstag beschlossen wurde, daß dem nächsten Verbandstag ein Statut zur Krankenzusatzkasse vorgelegt werden solle. Brülling trat für den Vorschlag ein, da es für die Mitglieder ein bedeutender Fortschritt sei im Unterstützungsweesen. Es würde so leicht keine Organisation aufzuweisen sein, die bei einem derartigen Beitrag eine solche Unterstützung zahle. Von einer Krankenzusatzkasse verspricht sich Redner nicht viel, man würde hierbei auf so große Schwierigkeiten stoßen bei den härteren Zahlstellen. Der Antrag, Gründung einer freiwilligen Krankenzusatzkasse mit Beitrag pro Woche 10 Pf., sowie einem Zuschuß von der Hauptkasse, wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Betr. Anstellung besoldeter Gaubeamteten ist man der Ansicht, daß die Gaue noch zu groß seien. Lokalbeamte sollen sich die Zahlstellen über 1000 Mitglieder aus eigenen Mitteln

stellen, es würde sonst der Kostenpunkt ein zu großer werden. Mit dem Beitrag von 40 Pf. war man einverstanden, während man sich entschieden gegen einen Beitrag von 50 Pf. erklärte. Ein Antrag, die Karenzeit bei Krankheit auf 4 Tage herabzusetzen, wurde angenommen. Unter „Verschiedenes“ kam der Brief vom Bundesverein zur Besetzung, der bewies, wie ernst der Bund nimmt mit der Forderung des Gefellenstandes; für 2000 Mark pro Jahr hat man die Interessen der Arbeiter beraten und verkauft. Sodann kam noch die Ausstellungsweise der Reichshöhen-Brauerei zur Sprache. Man hat einen unserer Leute zuerst ausgesandt, hingegen das Bundesmitglied, das an der Reihe war, konnte bleiben. Die Organisation versuchte, die Sache rückgängig zu machen, aber niemals konnte man die Herren treffen. Auf einen Einschreibebrief fand man es nicht für nötig, zu antworten. Man hat ja alle Ursache, einer Verhandlung aus dem Wege zu gehen, um nicht überzeugt zu werden, wie ungerecht man wieder gehandelt hat. Es handelt sich um einen alten, tüchtigen Arbeiter, den man gerne los sein wollte. Man kann doch keine Altersverforgungsanstalt errichten, wie sich einer der Herren ausgebrüht hat. Auch möchten wir den Herrn Braumeister Köppler ersuchen, sich nicht so viel um unsere Angelegenheiten zu kümmern, auch ihn kann vielleicht das Schicksal schnell ereilen, wie seinen Vorgänger, bei dem auch die Vorbeeren ausgeblieben sind für seine Läten. Viel Schuld tragen auch die Kollegen selbst, wenn sie alle der Organisation angehörten, würde so etwas nicht vorkommen; auch hätte man damals den Lohn nicht gleich um 10 Mark gekürzt. Zum Schluß ersuchte der Vorsitzende, unermüdet tätig zu sein für unsere Sache.

**Dresden.** Am 9. März fand eine starkbesuchte Brauereiarbeiter-Versammlung im Saale der Gaudrumsbrauerei statt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erstattete Kollege Wiedemann Bericht vom Arbeitsnachweis. Die Herren Unternehmer wollen nur den für die Brauer geltenden alten Nachweis mit einigen unwesentlichen Änderungen bewilligen, während man die Hilfsarbeiter ausschließt. Nach längerer Debatte wurde ein Antrag angenommen, welcher das Anerkennen der Brauereien ablehnt und die Einführung des Arbeitsnachweises auch für die Hilfsarbeiter fordert. Die Kommission wurde beauftragt, den Unternehmern diesen Beschluß zu unterbreiten und eine unendliche Verhandlung anzubahnen. Zu Punkt 2 führte Kollege Winkler in kurzen Worten die Aufgaben des nächsten Verbandstages vor Augen. Vorgeschlagen wurden als Delegierte Klippel, Wiedemann und Winkler, als Ersatzleute Schütze, Kumbholz und Wolf. Die Kollegen wurden ermahnt, bei der Urabstimmung darauf zu achten, daß keine Unregelmäßigkeiten vorkommen, welche Anlaß zu Beschwerden geben könnten. Außerdem wurde eine Kommission zur Ausarbeitung von Anträgen und Formulierung derselben gewählt. Im Gewerkschaftlichen wurde von Seiten der Zahlstellenleitung der Antrag auf Ausschluß der Kollegen Rietschel und Beste gestellt. Nach lebhafter Debatte wurde dem stattgegeben. Aufstellig wurde das Verhalten dieser Kollegen verurteilt, welche, ohne einen Beweis zu erbringen, die Zahlstellenleitung verdächtigen. Bei Beste konnte noch schwerwiegend in Betracht, daß derselbe, trotz mehrfacher Ermahnung, sein unmoralisches Verhalten forsetzte und diejenigen, welche ihm indirekt zu Gefängnis verholten haben, höher achtet als seine Kollegen im Verband, von welchen er als Schwefelbunde spricht. Darauf kam die rückgängig gemachte Entlassung eines Kollegen von der Unionsbrauerei zur Sprache. Die Kollegen wurden ermahnt, keinen Anlaß zu derartigen Entlassungen zu geben und darauf zu achten, daß jeder seiner Pflicht sich bemüht sei. Darauf gab Kollege Grimm bekannt, daß der von Kulmbach nach hier gesommene Direktor Kiemer vom Plauenischen Lagerkeller verschiedene „Verbesserungen“ einführen wollte. Von Seiten des Personals sei ihm aber beutlich der Beweis erbracht, daß er nicht mehr in Kulmbach, sondern in Dresden sei, und daß wir hier bereits wissen, wie man derartigen Uebergriffen entgegentritt. Darauf ermahnte der Vorsitzende nochmals die Kollegen, die Einigkeit allenthalben zu fördern und schloß mit einem Appell an alle, in diesem Sinne zu handeln, die Versammlung.

**Duisburg.** In der Versammlung am 13. März waren zwei Neuaufnahmen und drei Umschreibungen zu verzeichnen. Aus dem Bericht des Duisburger Kartelldelegierten ging besonders hervor, daß das Kartell noch keine Antwort erhielt auf den an die National-Brauerei in Duisburg eingesandten Brief. Die Versammlung beauftragte den Delegierten, das Kartell solle sofort energisch eingreifen und die Öffentlichkeit anrufen. Den Bericht von der Gaukonferenz erstattete der Vorsitzende Kollege Schmidt. Die Versammlung kritisierte einige Punkte, jedoch im großen ganzen erklärte sie sich einverstanden. Die Wahl eines Delegierten zum Verbandstag nach Frankfurt wurde mittels Stimmzettel vollzogen und wurde Kollege Simon Kumbach mit 25 Stimmen gewählt. Die Gesamtstimmabgabe betrug 39 Stimmen. Unter „Verschiedenes“ wurden unter anderem auch Klagen laut über die Zurücksetzung organisierter Kollegen in der Brauerei König in Wees. Die dortigen Kollegen erklärten, daß sie in dieser Angelegenheit selbst vorgehen wollen, was auch im Laufe der Zeit unter Zugiehung eines Kartellmitgliedes vom Ruhrorter Kartell geschehen ist, und ist diese Angelegenheit auf friedlichem Wege erledigt.

**Eberfeld.** In der Versammlung vom 6. März sprach Gen. Grünhøj über das Thema: „Die kapitalistische Produktion.“ Einleitend bemerkte Redner, daß im grauen Altertum der Lebensunterhalt aller Menschen auf der gemeinsamen Arbeit, der genossenschaftlichen Produktion bestanden habe, so daß ein jedes einzelne Individuum in den Vollbesitz des Wertes seiner Arbeitskraft gelangte. Diese urwüchsige, kommunitische Produktionsweise sei abgelöst worden durch Einführung der Sklaverei, welche zugleich den Anlaß zur Gründung der antiken Staaten gab und somit eine bevorzugte und eine entrechtete Klasse von Menschen geschaffen wurde. Erst seit der Zeit von mehr denn 400 Jahren, als Kolumbus Amerika entdeckte und der Seeweg nach Ostindien von kühnen Seefahrern gezeigt wurde, könne man von einer eigentlichen kapitalistischen Produktion sprechen. In diese ereignisreiche Periode, in welcher unermessliche Schätze, aus märchenhafte grenzende Kostbarkeiten, herrliche Gemälde usw. von strapellosen Abenteurern der staunenden alten Welt zugeführt wurden, fällt auch die Entstehung des modernen Staates, welcher eine notwendige Vorbedingung der Kapitalistenklasse war. Redner verbreitete sich noch des eingehenderen über diesen Punkt, erläuterte an treffenden Beispielen die Frage: „Wodurch entsteht der Mehrwert und der Profit des Kapitalisten.“ Durch die Erfindung der Dampfmaschinen, welche Millionen von Menschenhänden verdrängten, sei erst eine Ueberproduktion, mit periodenmäßigen Krisen, zutage getreten, wodurch der Konkurrenzkampf sowie der rapide Untergang des Kleinbetriebes eine unausbleibliche Folge sei. Redner kam zu dem Schluß, daß es für jeden einzelnen Lohnarbeiter im Zeitalter des Dampfes und der Elektrizität keine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit geben könne, daß ein jeder Proletarier in die Organisation der rasiden Unterwerfung des Kleinbetriebes zu beiseitigen und die Menschheit zu einer höheren edleren Kulturform zu bringen. Der Delegierte von der Gaukonferenz erstattete sodann den Bericht, an welchen sich eine lebhafteste Diskussion anschloß; Kollege Bogula gab sodann den Bericht der letzten Sitzung der Gemeindefiskal-Kommission und forderte die Versammlung auf, sich in den Besitz eines Jahresberichts zu setzen. Zum letzten Punkte: Anträge zum Verbandstage, wurde eine fünfteilige Kommission eingesetzt, welche alle einzubringenden Anträge zu formulieren hat und sollen in einer in ca. 14 Tagen stattfindenden Versammlung mit den Barmer Kollegen die nötigen Beschlässe gefaßt werden. Kollege Kobl forderte zum Schluß die Anwesenden auf, Sorge zu tragen, daß der letzte Brauereiarbeiter

in der am 27. März stattfindenden Krankenkassenversammlung erscheinend und einmütig sein Votum für Verschmelzung der Krankenkassen abgab. Die Kasse sei außerordentlich belastet und nun verfallen auch noch die Krankenhausbewaltigungen höhere Preise für Versorgung zu fordern, so daß unbedingt in nächster Zeit eine endgültige Entscheidung getroffen werden müsse.

**Frankfurt a. M.** Die Versammlung vom 13. März war gut besucht. Den in der letzten Versammlung zurückgelassenen Rassenbericht gibt Fister, und wird ihm Decharge erteilt. Ueber den 2. Punkt: Das Verhalten der Direktion des Höchster Brauereibesitzer gibt Wittich Bericht. Wittich bespricht als Brauereibesitzer und sein 15jähriger Sohn als Brauereiführer titulierend die Kollegen mit den gemeinsten Ausdrücken, auch Schläge und Genickschüssen werden angeboten. Die Bezahlung ist dagegen eine sehr minimale. Auf Vorkstellung des Kollegen Wittich und Hartmanns, als Vertreter des Höchster Gewerkschaftskartells, wurde zwar die Entlassung eines Kollegen zurückgenommen und bessere Behandlung versprochen, aber es blieb beim Besprechen; die Mißstände sind die alten geblieben. Auf einen diesbezüglichen Artikel in der „Frankfurter Volksstimme“ antwortet Herr Fister im „Höchster Anzeiger“ mit einer Erklärung und der Unterschrift sämtlicher Angestellten, daß bei ihm nur gute Behandlung und Bezahlung vorherrscht, was die lange Arbeitsdauer der Arbeiter bei ihm ja auch bestätigt. Diese Erklärung wurde am 3. März von den Arbeitern vorgelegt mit dem Bemerkung, entweder zu unterschreiben oder das Geschäft zu verlassen. Eine Gegenklärung gegen diese Vergewaltigung wurde aus „geschäftlichen Gründen“ von dem „Höchster Anzeiger“ nicht aufgenommen. Nach kurzer Debatte wird Wittich beauftragt, die weiteren Schritte mit dem Höchster Gewerkschaftskartell zu unternehmen. Zum 3. Punkt beschließen Wittich und Fister die Vorschläge des Hauptvorstandes betreffs Anstellung besoldeter Gaubeamten und Beitragserhöhung, während Wittich und Fister in bezug auf Bandagitation gegen diese Vorschläge sind. Die Diskussion wird wegen vorgeschrittener Zeit abgebrochen und in der nächsten Versammlung fortgesetzt. Als Kandidaten zum Delegiertentage werden Wittich und Fister vorgeschlagen. — Der neueste Anhang zur Arbeitsordnung, welcher von den Brauereien ausgegeben wurde, wonach bei militärischen Übungen nur verheiratete Kollegen und solche, welche Familienväter sind, die Unterfertigung nach § 616 erhalten sollen, während die übrigen nichts erhalten sollen, wird dem Vorstande überwiesen. Unter „Verschiedenes“ wird Klage geführt über die Behandlungsweise der Organisierten von Seiten des Brauereibesitzer König der Brauerei Neutlinger. In einer Geschäftsbesprechung soll die Sache untersucht und die weiteren Schritte veranlaßt werden.

**Fürstentum (Sprei).** Am 9. März tagte hier eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung, welche wieder, wie die Mitglieder-Versammlungen in letzter Zeit, sehr schlecht besucht war. Das Referat hatte der Gauvorsitzende Neumann übernommen. Er erläuterte in seinem 1/2stündigen Vortrage den Zweck und Nutzen der Organisation. Daß er den Anwesenden aus der Seele sprach, bewies, daß er öfter durch lebhafteste Zustimmung unterbrochen wurde. Auch die örtlichen Verhältnisse berührte der Referent, die auch noch sehr verbesserungsbedürftig sind. Man versuche es immer wieder, irgend etwas von unseren Vereinbarungen illusorisch zu machen, wie z. B. im Ueberstundenwesen usw. Da am hiesigen Orte hauptsächlich die beiden Abteilungen der Berliner Großbetriebe „Schulzsch“ und „Hagenhofer“ in Frage kommen, zieht Redner das Fazit, daß man die Leute dementsprechend entlohnen und im übrigen alles so einführen solle wie in Berlin, denn was da möglich ist, könne auch in Fürstentum bestehen. Damit auch dies hier bald zustande komme, sei es Pflicht aller Brauereiarbeiter, soweit sie noch nicht ihrer Organisation angehören, sich derselben anzuschließen, um mit den bereits Organisierten eine geschlossene Macht zu bilden, gemeinsam mit ihnen die Interessen sämtlicher Brauereiarbeiter zu vertreten. Keiner soll die 30 Pf. scheuen, denn dieser Betrag wird oft durch Lohnaufbesserung zehnjährig und zwanjgjährig herausgeholt. Desgleichen solle keiner zu hohes Alter vorschützen, denn der Verband strebe danach, die Arbeitsnachweise einzuführen, damit auch die älteren Arbeiter untergebracht werden. Keiner solle sagen, daß er zu jung sei, denn gerade auf die tatkräftige Jugend stützen die Gewerkschaften ihre Zukunft. Redner führte noch den Wert des § 616 und einiges über Invalidität an. Eine im Sinne der Ausführungen gefaßte Resolution fand einstimmige Annahme, und hoffen wir, daß die anwesenden Nichtorganisierten dem in der Resolution gegebenen Versprechen bald nachkommen. In der Diskussion beteiligten sich verschiedene Kollegen im Sinne des Referenten. Der Vorsitzende rügte den schlechten Versammlungsbesuch; mit Ausnahme der Nachschicht mußten in dieser wichtigen Versammlung alle Mann erscheinen. Natürlich wurde ihm da noch die Schuld beigemessen, er hätte es unterlassen, Handzettel zu stellen, auch die Anzeige im Fachorgan sei unterblieben. Die Agitation wurde aber mündlich vorgenommen, einem jeden wurde es kund, das Geld für Handzettel wurde auf diese Weise gespart und zweitens sollen die Brauereiarbeiter lieber die Arbeiterpresse lesen, da werden sie auch die Versammlungsanzeigen finden. Wir werden doch das Blatt am hiesigen Orte nicht unterlassen, da trägt schließlich die Redaktion noch in den Betrieben an, ob sie unsere Annonce berücksichtigen soll, wie damals bei der Volksversammlung, in welcher Kollege Schmäus die Verhältnisse am Orte kritisierte. Siehe entlastete in dieser Hinsicht den Vorstand und brachte die Interesslosigkeit seiner Kollegen zutage. Die Schuld sei darin zu suchen, daß der Hauptvorstand 10 Pf. mehr für Beiträge vorge schlagen habe, was ja doch aber erst beschlossen werden muß. Ueber die Interesslosigkeit der Hagenhofer Bierfahrer sprachen Kuppler und Schön. Unter „Verschiedenes“ kamen Mißstände zur Sprache, mit welchen sich die nächste Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 29. März, befassen wird. Da in dieser Versammlung die Anträge zum Verbandstage erledigt und die Delegierten aufgestellt werden, so ist es Pflicht, daß die Organisierten alle erscheinen. Die Restanten werden ersucht, ihren Pflichten nachzukommen.

**Hamburg II und III.** Mitglieder-Versammlung am 5. März bei Vorwohle, Neustädterkirche. Der Arbeitsnachweis rief eine lebhafteste Debatte hervor. Dyl bemerkte, wenn sämtliche Brauereien unseren Arbeitsnachweis bewilligt hätten, so wäre für uns manche schlimmere Sache betreffs Einstellung der Kollegen genommen, aber da wir bis heute nur sechs Brauereien zu denen zählen können, die schriftliche Abmachungen mit unserer Organisation getroffen haben, so kann man in mancher Hinsicht nicht jedem Kollegen gerecht werden, da die Brauereien am liebsten billige Arbeitskräfte verlangen und somit die besser bezahlten Kollegen vor den billigen Arbeitskräften im Nachweis zurückstellen müssen. Ruy bittet die Kollegen, da wir in nächster Zeit mit den Brauereien in Verhandlungen treten werden, und der Arbeitsnachweis ebenfalls zur Verhandlung gelangt, von einer langen Diskussion Abstand zu nehmen. Staatsle wünschte, diesen Punkt genauer zu prüfen mit der Frage: „Wie dehnen wir unseren Arbeitsnachweis aus, und wie gestalten wir denselben?“ Es sind Fälle vorgekommen, wo Brauereien Kollegen, die ein Jahr und länger beschäftigt waren, wegen Geschäftsstille entlassen mußten. Während einer kurzen Zeit ging das Geschäft wieder besser und die Brauereien verlangten dieselben Kollegen wieder, welche aber im Arbeitsnachweis als letzte angeschriebenen standen und somit keinen Anspruch auf Einstellung hatten. Die Arbeitsnachweiskommission stellte sich jedoch auf den Standpunkt, die Kollegen wieder auf ihre alten Plätze zu schicken. Dem traten Reinhardt und

Reinhardt entgegen und verlangten, daß die Arbeitslosen so weggelassen werden, wie sie im Arbeitsnachweis angeschrieben stehen. Beschlossen wurde, ein neues Arbeitsnachweislelement durch die Arbeitsnachweiskommission auszuarbeiten zu lassen und es der nächsten Versammlung vorzulegen. Reinhardt erstattete den Kartellbericht. 1903 sind von den Sektionen II und III unserer Organisation 1130,50 M. an das Hamburger Kartell entrichtet worden, davon 600 M. für die Crimmilshauer Weber. Ueber den Bau des Gewerkschaftshauses entstand eine kleine Debatte, worauf die Versammlung einen Anteilsschein von 1000 M. einstimmig bewilligte. Das Geld soll durch Extramarke à 50 Pf. in 4 Monaten gedeckt werden. Gollub ergänzt die Bekanntmachungen des Hauptvorstandes zu unserm in diesem Jahre stattfindenden Verbandstage und bittet die Kollegen, etwaige Anträge dem Vorstände bis zur nächsten Versammlung einzuschicken. Ferner wurde beschlossen, den Verband in Bezirke einzuteilen; der Vorstand wurde mit den nötigen Arbeiten betraut. Die Kollegen der Elbischloß-Brauerei führten Klage wegen des schlechten Hausstranles. Sie erhielten 1/2 Hektoliter Bier zum Trinken, welches sie als kaum genießbar bezeichneten. Das wurde vom Flaschenmeister und dem Kellermeister bestätigt und das Bier wieder weggeschafft. Der Herr Direktor Schumann fragte, was da vorgehe. Der Vertrauensmann machte den Herrn Direktor auf das schlechte Bier aufmerksam. Dieser herrschte untern Vertrauensmann an, wie er sich solche Frechheit erlauben könnte und ihm so etwas sagen. Er würde sich wohl den Magen nicht verderben, wenn er dieses Bier trinke. Ferner machte er den Vorgesetzten unseres Vertrauensmannes mit den Worten aufmerksam: „Passen Sie genau auf den Kerl, daß er seine Arbeit verrichtet, sonst fliegt er hinaus.“ Weitere Worte, deren sich der gebildete Herr Direktor bedient, lassen sich hier nicht wiedergeben.

**Hamm i. W.** Am 6. März fand im Lokale des Herrn Winkler unsere kombinierte Versammlung statt, welche erfreulichem Besuche war. Wir hatten eine Aufnahme und eine Umschreibung zu verzeichnen. Betreffs des Verbandstages wurde eine Kommission gewählt, welche die Anträge bis zur nächsten Versammlung, die am Charfreitag stattfinden soll, anzuarbeiten hat. Als Delegierter wurde Kollege Brülling, Dortmund, vorgeschlagen; man sollte sich aber noch mit den anderen Zahlstellen in Verbindung setzen bezugs Einigung zu einer gemeinsamen Kandidatur. Der Vorstand gab noch bekannt, daß Unna jetzt eine eigene Zahlstelle sei. Für die Porzellanarbeiter sind Sammellisten ausgegangen.

**Karlruhe.** Die Versammlung vom 5. März bei Möhrlein war gut besucht. Eingangs hielt der große Fabrik-Inspektor, Herr Dr. Fuchs, einen gut gefassten Vortrag, in dem er ausführte, wie sich die arbeitende Klasse zusammenschließen und organisiert hat und danach strebt, ihre Lage zu verbessern, um wenigstens einen geringen Anteil an den Kulturgütern zu erlangen. Redner kommt besonders auf den übermäßigen Genuß von Alkohol zu sprechen und weist im ferneren auf den Bierzwang in den Brauereien hin, und habe er, Herr Dr. Fuchs, auch bereits Rücksprache mit einigen Brauereibesitzern genommen zwecks Auszahlung des Hausstranles in bar Geld. Zum 2. Punkt: Anträge zum Verbandstage, werden Vorschläge gemacht von den Kollegen Berndt und Kraus und zwar ersterer für Erhöhung des Wochenbeitrages von 30 auf 40 Pf., Vergütung der durch die Erhöhung des Kartellbeitrages von 10 auf 20 Pf. pro Vierteljahr und Mitglied entstandenen Mehrausgabe, Abschaffung der Karenzzeit bei Streikunterstützung und Herabsetzung der Karenzzeit von 14 auf 8 Tage bei Heise- und Arbeitslosenunterstützung. In bezug auf den Antrag des Hauptvorstandes betreffs der Krankenzuschüsse spricht sich Kollege Kraus für Errichtung einer Krankenkasse mit einem Beitragszuschlag von 40 Pf. pro Woche und einer dementsprechenden Krankenunterstützung aus. Es sollen Anträge ausgearbeitet und dem Hauptvorstande eingeleitet werden. Aus dem Kartellbericht, den Kollege Berndt erstattete, ist zu erwähnen die Beschlußfassung über die Anstellung eines Arbeiterssekretärs und die Zustimmung der Delegierten über die Erhöhung der Kartellbeitrages von 10 auf 20 Pf. pro Quartal und Mitglied. Den Bericht über eine Sitzung des Schiedsgerichts der Berufsvereinigungen, in welcher auch einige Brauereifälle verhandelt wurden, gab Kollege Faisch. Eine lebhafteste Debatte gab noch die Entlassung eines Verbandskollegen in der Brauerei Schrempf, des Opfers eines Denunzianten, welcher in diesem Geschäft sein Unwesen treibt, und ist es bald an der Zeit, daß diesem Wesen das Handwerk gelegt wird.

**Kiel.** (Sektion I.) Die Versammlung am 13. März war gut besucht. Bevor zur Tagesordnung geschritten wurde, ehrte die Versammlung die verstorbenen Mitglieder Müller-Flensburg und Westphal-Kiel (Sektion II) durch Erheben von den Plätzen. Aufnahme war eine zu verzeichnen, ein Kollege ließ sich umschreiben. Nach dem Kartellbericht referierte Gen. Strieser über: Koalitionsrecht und Freiheit. Zum Gewerkschaftshausesfonds sollen von unserer Sektion 185,65 M. aufgebracht werden. Es wurde der Antrag angenommen, daß 100 M. aus der Kassa genommen und zur Deckung des übrigen monatlich 2 M. Beitrag pro Mitglied erhoben werden. Zu den Anträgen zum Verbandstage wurde beschlossen, daß dieselben jede Sektion einschickt und der Delegierte von Sektion I der Schloßbrauerei wurde beschlossen, dieselben mögen einen Vertrauensmann unter sich wählen. Die Differenzen in der Brauerei Dremes sind alle zu unseren Gunsten geregelt.

**Kiel.** Sekt. II. Versammlung vom 13. März. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhoben sich die Anwesenden zu Ehren des verstorbenen Kollegen Westphal von ihren Plätzen. Aufnahmen ließen sich vier Mann. Zum Kartellbericht wurde bekannt gegeben, daß der Kauf des Platzes zum Bau des Gewerkschaftshauses endgültig abgeschlossen und die Konzession erteilt sei. Zu den erforderlichen Mitteln sind auch die Brauereiarbeiter verpflichtet, bis zum 1. Mai die zweite Rate einzuzahlen. Da die beiden Wirte Käbler und Steffen ihre Lokale der Arbeiter-Versammlungen nicht zur Verfügung stellen, sind dieselben auch sonst zu meiden. — Zum Verbandstage wurde beantragt, besoldete Beamte nach dem Vorschlag des Hauptvorstandes nicht anzustellen, dagegen soll der Hauptvorstand durch eine agitatorische Kraft verstärkt werden; Beiträge und Unterstützungen sollen bleiben wie bisher; zum Verbandstage sollen nur in Brauereien und ähnlichen Betrieben tätige Mitglieder entsandt werden; Verschmelzung der beiden Sektionen in Kiel. — Als Delegierter wurde Kollege Wagner, als Erstagmann-Hansen-Neumünster vorgeschlagen. — Die Lohnkommission wurde beauftragt, durch Vorkstellwerden bei der Direktion der Schloßbrauerei die Wiedereinstellung des zu Unrecht entlassenen Kollegen Kamm zu erstreben. Die Lohn-differenzen mit der Gaubener Exportbrauerei konnten als erledigt angesehen werden, wogegen der Arbeiter Bloch, welcher 22 Jahre unausgesetzt im Betriebe tätig ist, zurzeit mit den denkbar schwersten Arbeiten drangalziert wird. — Das Sterbegeld für die ablebenden Kollegen wurde von 30 auf 50 Pf. erhöht. — Nächste Versammlung am 10. April.

**Köln.** Die Versammlung vom 13. März beschäftigte sich in erster Linie mit dem kommenden Verbandstage. Der Vorsitzende wies auf die Notwendigkeit der Erhöhung des Beitrages hin, die den Kollegen keine großen Opfer auferlege, aber viel Nutzen stiften könne. Man müsse sich auch die geringen Ausgaben für Agitation ansehen, wobei doch die Agitation unser Hauptprinzip sein sollte. Die Versammlung stimmte den Anträgen zu auf Beitragserhöhung um 10 Pf., Anstellung von 10 Gaubeamten, Beibehaltung der Karenzzeit bei Kranken- und Arbeitslosenunterstützung, Herabsetzung der Karenzzeit bei Streik-

unterstützung von 8 auf 3 Tage, Abhaltung des nächsten Verbandstages in Köln. Sodann wurde über die erledigten Differenzen mit der Brauerei Altbaur Bericht erstattet. Der Antrag an den Hauptvorstand auf Ausschluß des Kollegen Schmidt wurde einstimmig angenommen. Zu der Mitteilung von der Zahlstelle Nordhausen bezüglich Differenzen mit der Malzfabrik Runge wurde darauf hingewiesen, daß die Brauerei Winter Malz von dort bezieht. Vom Vorsitzenden wurde bekannt gegeben, daß die kommende öffentliche Versammlung der Anfang unserer Tarifbewegung sei. Usnahmen waren wieder 24 zu verzeichnen, so daß unser Mitgliederbestand mit 272 besteht. Deshalb aber, Kollegen, noch nicht gerührt, bis alle Mann dem Verbands angehören, um bessere Verhältnisse zu schaffen und zu erhalten.

**Konstanz.** Die Versammlung vom 6. März war gut besucht. Berichtet wurde, daß zwei Bierfahrer aus der „Sonne“ ihren Austritt erklärten, wohl nur aus Angst wegen der geplanten Forderung. Kollege Koch erstattete den Kartellbericht und erinnerte daran, den Vortrag sowie das Volksstück „Ueber unsere Kraft“ zu besuchen. Nach Annahme verschiedener Anträge zum Verbandstage wurde Koch als Delegierter gewählt.

**Krefeld.** Die Versammlung vom 6. März war wieder schlecht besucht. Berichtet wurde, daß Kollege L. sich in einem Brief an den Kassierer beleidigender Ausdrücke bedient und ungerechte Vorwürfe bezügl. der Kassienführung gemacht hatte, wozu gar keine Veranlassung vorlag. Ferner berichtete Kollege Demeter über die Gaunkonferenz. Ein Kollege aus Rh.-ydt schilderte die dortige mangelhafte Organisation und beantragte, die Orte Rh.-ydt, M.-Glabbach und Wittich an die Zahlstelle Krefeld anzugliedern.

**Kulmbach.** Die Versammlung vom 12. März, welche sehr gut besucht war, beschäftigte sich mit den Verhandlungen der Gaunkonferenz, über welche Kollege Goller Bericht erstattete. Ueber die Vorschläge des Hauptvorstandes zum Verbandstage entpinnst sich eine rege Debatte. Alle Redner sprechen sich für dieselben aus, aber es soll außer den vorgeschlagenen Beitragserhöhungen für Krankenunterstützung und Sterbegeld keine weitere Beitragserhöhung stattfinden. Betreffs Anstellung von Gaubeamten spricht sich die Versammlung dagegen aus, denn erstens sind die Gawe zu groß für nur einen Beamten und zweitens sollen nach einem Vorschlag auf der Gaunkonferenz die Zahlstellenvorstände die Agitation selbst betreiben, was ja die besoldeten Gaubeamten als vollständig überflüssig erscheinen läßt. Man war der Ansicht, daß es ganz gut noch einige Jahre so fort gehen kann. Wir haben doch in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht und dabei die Kasse nicht allzusehr in Anspruch genommen. Auch gegen Staffellung der Beiträge ist die Versammlung, da dieses System die ohnehin besser bezahlten Kollegen noch mehr bevorzugt und zum anderen einen großen Zwiespalt herbeiführen würde. Es soll zuerst dahin getrachtet werden, daß möglichst gleiche Tarifverträge überall mit den Unternehmern abgeschlossen werden, dann können alle die gleiche Beitragserhöhung leisten. Der zum Verbandstage zu wählende Delegierte soll dahin wirken, daß womöglich auf 200 Mitglieder je ein Delegierter zu wählen ist, da jetzt die größeren Zahlstellen zu viel Einfluß ausüben können. — Die Vereinbarungen vom 14. Oktober 1902 suchen besonders die kleineren Brauereien und Mälzereien zu durchbrechen, so bei Pertich bei Einstellung von Arbeitern, die er nicht vom Arbeitsamt entnimmt. Auch wegen der vierzehntägigen Lohnzahlung herrscht hier noch alles wie zuvor, auch in anderen Brauereien, mit welchen wir uns nächstens beschäftigen werden. In der Brauerei G. Pöhlmann wurde ein Kollege wegen geringfügiger Ursache entlassen und dafür einer ohne Arbeitsamt eingeleitet. Klage geführt wurde über einen „Kollegen“ in einer Mälzerei, der den Verband umstürzen will und nebenbei ein großer Antreiber ist, besonders bei den Sonntagstarbeitern, um — Zeit zu gewinnen. Wenn der Herr sich nicht bessert, werden wir etwas deutlicher werden. Derselbe soll sogar in der Lohnkommission sein. Herr Hans Böhm vom Kapuzinerbräu wollte uns in unserer Versammlung aufklären, daß der Verband nichts leistet. Keiner ist der Herr trotz Einladung nicht erschienen, und so mußten wir auf seine Weisheit verzichten. Hat er keine Courage oder ist ihm doch nachträglich noch eingefallen, daß er nur Wohl vorbringen könnte? Betreffs der Umgehung der Abmachungen vom Oktober 1902 wurde eine Resolution angenommen, aber von der Veröffentlichung Abstand genommen, weil Remedur geschaffen ist. Sollte der Schiedsrichter aber wieder einschreiten, so wären wir doch gezwungen, einmal an die Öffentlichkeit zu treten, was wir im Interesse unserer Industrie gern vermeiden möchten. Aufnahmen ließen sich fünf Kollegen.

**Nördlingen.** Am 6. März fand hier eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung statt, in der Kollege Gabel-Zürich über das Thema: „Zweck und Nutzen der Organisation“ referierte. Es kamen auch die hiesigen Verhältnisse zur Sprache, aus denen hervorging, daß es auch den hiesigen Brauereibesitzern möglich wäre, geordnete Verhältnisse zu schaffen. Von der Gründung einer Zahlstelle wurde vorläufig Abstand genommen und eine provisorische Verwaltung gewählt. Besprochen wurde ferner das Verhalten vieler hiesiger Brauereien in bezug auf die Sonntagstarbe und die sonstige werktätige Arbeitsdauer. Der Referent forderte die Kollegen auf, sich gemeinsam ohne Unterschied der Organisation anzuschließen, dann könnten auch sie sich bessere Verhältnisse schaffen. Die Kollegen von Nördlingen und Umgebung haben dieses sehr notwendig, die noch von früh 6 bis abends 7 Uhr ohne Pausen arbeiten. Tut nicht unnötig räsonnieren und die Faust in der Tasche machen, nur die Einigkeit kann euch helfen. Deshalb alle hinein in den Verband!

**Nürnberg.** Die letzte Versammlung war von 25 Mitgliedern besucht. Es ließen sich 7 Mann aufnehmen, ein Beweis, daß das Interesse für den Verband immer reger wird, jedoch wir schon an 40 Mitglieder heran sind. Öffentlich gelinget es uns, das halbe Hundert in nächster Zeit voll zu machen. Die zur Tagesordnung stehende Wahl eines Delegierten zu dem diesjährigen Verbandstage wurde zur nächsten Versammlung vertagt und hoffen wir, daß die vollständige Mitgliederzahl da ist und es uns gelingt, von unserer jungen Zahlstelle einen Delegierten zu entsenden. Die Angelegenheiten der Malzfabrik Witwe Wortmann hoffen wir in kurzer Zeit zu erledigen. Da sich die Direktion der Vereinsbrauerei Storchshöhe noch nicht bekommen hat, den rücksichtigen Sohn der Bierfahrer in dem Fall Weinrich nachzuzahlen, ist beschlossen worden, daß der Hauptvorsitzende Bauer die genannte Direktion an die am 25. Juli v. J. abgeschlossenen Tarifvereinbarungen erinnert, widrigenfalls es von der hiesigen Zahlstelle dem Generoberichter übergeben wird. Mit einem Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung und dem Wunsch, daß zur nächsten Versammlung, die am 9. April stattfindet, sämtliche Mitglieder anwesend sind, auch die auswärtigen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Rosenheim.** In den ziemlich gut besuchten letzten Versammlungen in Rosenheim, Traunstein-Wasserburg und Mühlendorf sprach Kollege Niedernhuber über das Thema: „Wie können wir unsere Lage verbessern?“ Er führte aus, daß nur durch Zusammenbruch sämtlicher Brauereiarbeiter unsere Lage verbessert werden könne. In jeder Brauerei sollten die Kollegen dem Verbands angehören, auch in den kleinsten mit nur ein paar Arbeitern, und es ist grundfalsch, wenn einige sagen, bei uns hilft der Verband doch nichts, weil wir zu wenig Arbeiter sind. Natürlich sind wir in der Zahlstelle Rosenheim noch nicht so weit, wegen Verbesserung der Verhältnisse die Arbeit niederzulegen, auch wenn alle Brauereiarbeiter einer Brauerei im Verbands sind, weil es noch zu viel Indifferenten gibt, die

ihnen in den Rücken fallen. Daher ist es eben notwendig, daß sich alle organisieren, dann könnte man auch, wenn es nicht anders möglich ist, in größeren Brauereien durch Arbeitsniederlegung eine Verbesserung herbeiführen, die kleineren Brauereien müßten dann wohl oder übel nachfolgen. Auch die Unterstützung seitens des Verbandes bei Arbeitslosigkeit und Krankheit und der so nötige Rechtsschutz, den der Verband in den verschiedenen Vorkommnissen gewährt, bedeutet eine Verbesserung der Verhältnisse der Mitglieder. — Ferner besaßen sich die Versammlungen noch eingehend mit dem diesjährigen Verbandsstag. Vorsitzender Nieberhuber wurde beauftragt, den in der Diskussion zutage getretenen Meinungen entsprechende Entwürfe auszuarbeiten und in den März-Versammlungen den Mitgliedern vorzulegen.

**Schlusssatz.** Noch nicht lange ist es her, daß die Kollegen der Brauerei Werner in Poppenhausen es eingesehen haben, daß es auch für sie höchst notwendig ist, sich der Organisation der Brauereiarbeiter Deutschlands anzuschließen, und schon jetzt sehen wir die sogenannten Verbandsfresser an der Arbeit. Es sind dies die dort beschäftigten zwei Bierfiedler Kaspar Gärtner und August Pfister. Ersterer verdient monatlich 104 Mark, letzterer 95 Mark, während die übrigen Kollegen durchschnittlich höchstens 70 Mark verdienen. Schon daraus ist ersichtlich, warum sich die beiden Herren nach oben hin streben zu machen suchen, aber das traurigste, besonders von ersterem, der doch schon einmal dem Verbandsangehörig hat, ist, daß er die Verbandskollegen mit Vausbüßen, Fautenzen usw. inkulturiert und ihnen sogar Ohrfeigen androht. Die Arbeit im Sudhaus muß der Pumptauf machen, er dagegen schreit in der Brauerei herum: „Ich sch... auf euch und auf den Verband, ich habe den Verband schon einmal hinaus gebracht und bring ihn wieder hinaus.“ Daß aber letzteres nicht der Fall wird, dafür ist bereits Sorge getragen, und es könnte den beiden Herren vielleicht einmald passieren, daß es verkehrt geht. Wir wollen für heute bloß sagen, daß es von diesen „Kollegen“ eine Freiheit ist, wenn sie hinter dem Rücken des Prinzipals über diesen Ausbruch gebrauchen, die wir an dieser Stelle nicht wiedergeben können. Wir verbitten uns entschieden, von solchen Leuten mit solchen Ausdrücken bedient zu werden, widrigenfalls von anderer Seite eingeschritten werden müßte. Betont sei noch, daß über die Behandlung seitens des Herrn Prinzipals nicht zu klagen ist und dieser nur Frieden im Geschäft haben will.

**Solingen.** Die am 13. März abgehaltene Versammlung war von den auswärtigen Kollegen gut besucht. Von der Brauerei Beckmann jedoch nur 21 Mann. Wegen dieser Laune und Interesslosigkeit wurde der Beschluß einstimmig gefaßt, die Mitglieder, die sich nicht entschuldigen bei den drei ersten Vorstandsmitgliedern, mit einer Strafe von 10 Pf. zu belegen. Nach sollte eine Präsenzliste eingeführt werden, um einmal die Versammlungsbesuchenden festzustellen. Es wurde darauf hingewiesen, die nächste Versammlung in Ostlag abzuhalten, um dort die Organisation besser auszubauen. Auf der Ohligser Brauerei hat eine Entlassung stattgefunden, dazu wurde bemerkt, daß der Kollege des Vorsitzenden Ratshilge nicht befolgte und sich am anderen Tage seine Papiere habe geben lassen. Nach einer Woche erhielt ein Kollege von der Brauerei Beckmann die 14tägige Kündigung, ohne Grund zur Entlassung. Der Bierfiedler, der mit Schuld an dem Schaden trug und mit 10 Mk. bestraft war, erhielt bei der Verhandlung auch seine 14tägige Kündigung. Es fanden dieserhalb drei Geschäftsversammlungen statt, in denen Frank-Eberfeld und Bogula referierten. In einer Geschäftsversammlung äußerte sich der Organisierte K., der dem Setzer- und Maschinistenverein angehört, in einer etwas leichtfertigen Weise. K., der schon als Delegierter im Solinger Zentralkomitee und sehr Vertrauensmann ist, hätten wir doch ein wenig mehr Vernunft zugebracht. Wir werden diese Angelegenheit dem Vorsitzenden des Setzer- und Maschinistenvereins persönlich mitteilen. Als Delegierter zum Verbandsstake wurde Frank-Eberfeld und als Geschäftsmann Bogula vorgeschlagen und eine Beitragserhöhung von 10 Pf. gegen eine Stimme angenommen. Im Verschiedenen wurde gegen ein Nichtmitglied Klage geführt, der wohl im Politischen und Wissenschaftlichen aufklärer sein mag, aber unter der Hand hinterlistig die Organisierten ausfragt, was in der Versammlung vorgekommen. Auch wollte dieser Betreffende kürzlich einen Kollegen zu einer Zeit verführen, wahrheitsgemäß, um es dann bei den Vorgesetzten anzubringen. Wir rufen den organisierten Kollegen zu: Vorsicht gegen diesen netten Mann.

**Stuttgart.** Versammlung vom 5. März. Beim 1. Punkt kamen neben verschiedenen lokalen Angelegenheiten die neu eingeführten Versammlungs-Kontrollkarten zur Sprache, und sprach sich die Mehrheit für dieses System aus. Anwesend waren laut Kontrollkarte 243. Vom Stiftungsfest war ein Ueberfluß von 259,82 Mk. vorhanden, wovon dem Gesangsverein „Gambinus“ 30 Mk. als Gratifikation überwiesen wurden. Zum 3. Punkt: „Der nächste Verbandsstag“, sprach Kollege Thierich sich dahin aus, daß die vom Hauptvorstand aufgestellte Gauvereinteilung zu weitläufig sei, was speziell bei Würtemberg der Fall wäre. Wenn sollte hier ein Gauverband in Württemberg, Baden, Rheinpfalz und Elsaß-Lothringen auf einen derartigen Gebietssfeld herabzuziehen, wo blieben dann die einzelnen Zahlstellen: für diese wäre nichts besseres dadurch geschaff. n. Betreffs der Anträge zum Verbandsstake wurde vom Redner darauf hingewiesen, daß wir nur allzu berechtigt wären, die gleichen Anträge wieder zu stellen wie im letzten Verbandsstake. Es wurde noch in der Diskussion von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß wir doch nicht überall die gleichen Lohnverhältnisse hätten und es daher den minderbezahlten Arbeitern schwer ankommen würde, wenn die Beiträge erhöht würden, da ja die angeführte Krankenzuschusse nicht weiter als eine Beitragserhöhung bedeute. Das einzig richtige System wäre, wenn eine Staffelung der Beiträge statifunden sollte; anderenfalls solle das alte System beibehalten werden unter Wegfall der Unterstützung bei halbjähriger Mitgliedschaft. Bezüglich des Vorschlages des Hauptvorstandes: Zahlstellen, welche 1000 Mitglieder besitzen, sollen einen besoldeten Lokalbeamten erhalten, wurde betont, hier solle dafür eingetreten werden, daß anstatt 1000 Mitglieder auf 700 heruntergegangen werde, damit den Zahlstellen mit dieser Zahl auch Erleichterung geschaffen wäre. Dabei könnte auch ein schönes Geld erspart werden, wenn der Verbandsstake alle drei Jahre stattfände. Die diesbezüglichen Anträge zum Verbandsstake, welche von der Versammlung einstimmig angenommen wurden, sind folgende: 1. Der Verbandsstake soll alle drei Jahre stattfinden; 2. auf 500 Mitglieder soll 1 Delegierter entsendet werden; 3. Anstellung eines besoldeten Lokalbeamten von 700 Mitgliedern an; 4. Anstellung eines Gaubeamten und Wohl desselben durch die Mitglieder. Nachdem Kollege Thierich den Gewerkschaftsbericht erstattet, erfolgte Schluß.

**Stuttgart. (Entgegnung.)** In der Sachzeitung der Maschinisten und Setzer vom 15. v. M. steht ein Artikel: „Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maschinisten und Setzer in den Brauereien Württembergs“ überschrieben. Derselbe ist von einem F. S. unterzeichnet und wird in demselben mitgeteilt, daß auf ihrer Gaukonferenz beschlossen wurde, über obige Arbeiter und Betriebe statistische Erhebungen vorzunehmen. Der Beweggrund hierzu ist aber, wie es den Anschein hat, nicht der, die Lage dieser Arbeiter kennen zu lernen, sondern als Hauptgrund wird der Umstand angegeben, daß der Brauereiarbeiterverband die Maschinisten und Setzer der Brauereien wohl für sich als Mitglieder reklamiert, jedoch die Interessen derselben in ganz mangelhafter Weise vertritt. Nun kommt das Resultat dieser Erhebungen und gibt mir die Tabelle II

Anlage, den oben genannten Vorwurf dem F. S. selbst in seine Schuhe zu schieben. Es wird das Organisationsverhältnis der beiden Organisationen und die Arbeit der Arbeiter in derselben angegeben. Nun findet man, daß dort, wo die Mehrzahl der Maschinisten und Setzer dem Maschinisten- und Setzerverbande angehört, die Arbeitszeit noch länger ist, als dort, wo die Mehrzahl dem Brauereiarbeiterverband angehört. Der beste Beweis bietet Heilbronn, wo von 14 in den Brauereien beschäftigten 13 dem Maschinisten- und Setzerverbande angehört, jedoch die Arbeitszeit eine 13tägige ist. Nun ist Heilbronn doch nicht die Stadt, wo das nicht schon längst beseitigt hätte werden können, wenn man überhaupt Interessen zu vertreten sich so zur Pflicht macht, wie der F. S. Ich möchte dem F. S. empfehlen, seine Kraft dort einzusetzen und nicht anderen Vordränge zu machen, wenn seine eigenen Erhebungen gegen ihn selbst sprechen. Aber man ist es gewöhnt, nach jeder Gaukonferenz derartige Auslassungen zu hören.

**Thun (Schweiz).** Ueber die Brauerei Gledenthal bei Thun (Besitzer Herr Urfer) ist schon wiederholt Klage geführt. Lange hält es ein Arbeiter hier selten aus, und das liegt teils an den traurigen Arbeitsverhältnissen, teils an der Behandlung durch den Braumeister Rang. Eine geregelte Arbeitszeit existiert dort nicht. Ein Arbeiter, der sich wiederholt über die schlechte Behandlung durch den Braumeister Rang beklagte, der ihn bei jeder Kleinigkeit „verärrt“, „ausbüß“, „stalt“ z. inkulturiert und drohen gegen ihn auszuüben habe, wurde, als sich die Sektion Thun in einem höflichen Schreiben bei Herrn Urfer beschwerte, einfach gekündigt, und es wurden ihm 11 Fr. Lohn, die er für Weihnachten und Neujahr erhalten hatte, wieder abgezogen. Eine Kommission, die bei Herrn Urfer vorstellig wurde, konnte nichts ausrichten. Offenbar glaubt Herr Urfer, er brauche auf die öffentliche Meinung keine Rücksicht zu nehmen. Wir aber protestieren gegen diese Maßregelung, und gegen die Art und Weise, wie der genannte Rang sich herausnimmt, Arbeiter zu behandeln. Brauereibesitzer, die solche Braumeister anstellen, verschaffen sich damit kein Renommee bei der Kundschaf. Wir hoffen, daß dieser Herr Rang bald den Thuner Staub von seinen Pantoffeln schütteln werde, sonst werden wir uns wieder sprechen.

**Unna.** Die Versammlung vom 5. März war sehr gut besucht. Die Gründung der Zahlstelle, wozu sich die Kollegen schon länger beschäftigten, wurde beschlossen. Der laut Beschluß der vorigen Versammlung für die Ueberbrauerei ausgearbeitete Kohntarif wurde einstimmig angenommen und soll dem Besitzer Herrn Klönne geschickt werden. Im Verschiedenen wurde das Verhalten des Herrn Braumeisters Drücke (Kindbrauerei) gegenüber den Verbandskollegen scharf verurteilt. Auch hat sich derselbe dem Oberburschen gegenüber geäußert: Ja, jetzt haben wir nur noch einen Verbandsburschen hier und müssen Sie sehen, daß derselbe bis zum 1. März aus dem Geschäft heraus ist. Auch wurde das Verbandsplakat vom Braumeister heruntergerissen, damit die Leute nicht in Versuchung kommen, sich dem Verband anzuschließen. Wenn Braumeister Drücke ein so großes Interesse für die Arbeiter bekundet, dann soll er ihnen wenigstens eine ordentliche Behandlung zuteil werden lassen. Im übrigen möge er aber auch die Verbandsmitglieder in Ruhe lassen und sie nicht auf Schritt und Tritt verfolgen und immer Sachen aufwickeln, wo nichts vorhanden ist. Herr Drücke weiß offenbar nicht, wie schnell man vom hohen Pferde herunterfallen kann. Wir wollen hoffen, daß dieser Hinweis genügt, um den Arbeitern ihre Ruhe vor dem Braumeister zu sichern. Auch in der neuen Brauerei (Masche) haben sich sorgfältige Geister eingestellt, das Plakat, Eigenlum des Verbandes, zu entfernen. Die beste Antwort auf diese strafbare Rindereien ist, daß sich sämtliche Brauereiarbeiter von Unna dem Verbandsangehörigen; zu diesem Zweck agitiere ein jedes Mitglied. Sehen wir nach anderen Orten: Hamm, Hagen, Bielefeld, Lippsdorf, was durch die Organisierten dort für die Brauereiarbeiter geschaffen wurde. Dasselbe kann auch in Unna geschehen, dazu gehören aber „alle Mann in die Front!“

**Wiesbaden.** Die Generalversammlung vom 6. März war verhältnismäßig gut besucht. Nachdem die Wahlen vollzogen, erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Es wurden abgehalten 12 Mitgliederversammlungen, 4 außerordentliche und 1 öffentliche Versammlung; in letzterer referierte der Hauptvorstand Kollege Bauer. Zum 3. Punkt sprach Gen. Gensler über die Gründung eines Arbeitersekretariats, welchem die Versammlung einstimmig zustimmte. Zwei Kollegen sollen zur nächsten Versammlung schriftlich eingeladen werden.

### Bewegungen im Berufe.

† **Crimmitschau.** Herr Brauereibesitzer A. Mummert's Antipathie gegen die Organisation sind jetzt die Taten geblat. Zwei organisierte Arbeiter, acht Jahre im Betriebe beschäftigt, darunter der Vertrauensmann des Verbandes, wurden gemahregelt. Schon im vorigen Jahre bei der Lohnbewegung trieb man auf einen offenen Konflikt hin, der aber durch das taktvolle Auftreten des Kartells vermieden wurde. Helfer erstanden Herrn Mummert in zwei unorganisierten Arbeitern, die nichts unversucht ließen, einen Konflikt mit den Organisierten herbeizuführen. Als alles vergeblich war, weil man diese „Kollegen“ durchschaute, sandten diese einen „Protest“ an Herrn Mummert. Der „Protest“ kam wie gerufen, die langjährige beschäftigten organisierten Leute wurden entlassen. Herr Mummert hält sich darauf, er wäre bei Aufhören der Mälzerei, wie jedes Jahr, gezwungen, zwei Arbeiter auszustellen. Lächerlich! Gerech und Unus ist es, die Bekleidungsstellen auszustellen. Da wäre aber der Unorganisierte an der Reihe gewesen, der den ganzen Konflikt herbeigeführt hat, der kaum ein halbes Jahr im Betriebe gewesen. Mit der Maßregelung beschäftigte sich eine gut besuchte Volksversammlung am 15. März, in der einstimmig folgende Resolution angenommen wurde:

„Die heute im Saale des Hotels „Schwarzer Adler“ tagende gut besuchte Volksversammlung protestiert entschieden gegen das Vorgehen der Leitung der Brauerei A. Mummert hinsichtlich der Maßregelung der organisierten Brauer E... und B...“

Die Versammlung erblät darin einen Schlag gegen die Organisation der Brauereiarbeiter und ersucht die Arbeiter- und Einwohnergesellschaft von Crimmitschau und Umgegend, gegen einen derartigen Versuch, den Arbeitern ihr gesetzlich gewährte Koalitionsrecht zu vernichten, energig Front zu machen, indem sie anderen Bieren vor dem Mummertischen bis auf weiteres den Vorzug geben.

Die Leitung der Organisierten der Brauereiarbeiter und die der hiesigen organisierten Arbeiterschaft wird beauftragt, nach dieser Richtung alle erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten und sie der Arbeiter- und Einwohnergesellschaft von Crimmitschau und Umgegend zu unterbreiten. Dasselbe wird aufgefordert, diese Schritte nach allen Seiten hin kräftig zu unterstützen.“

Auf dieses hin erwirkte Rechtsanwalt Ziege als Vertreter des Herrn Mummert ein Einhaltsbefehl nach amerikanischem Muster: eine „n stweilig e Besfugung“ des königlichen Amtsgerichts in Crimmitschau, mittels welcher bei Androhung einer Geldstrafe bis zu 1500 Mk. oder Haft bis zu 6 Monaten 21 Mitgliedern des Crimmitschauer Gewerkschaftsvereins verboten wird, „durch öffentliche oder nichtöffentliche Kundgebungen aufzufordern, daß die Arbeiterschaft von Crim-

mitschau und Umgegend die Restaurationen, welche Mummert'sches Bier beziehen und verschänken, meiden sollen, oder durch ebenförmige Kundgebungen den Wirten und Bierhändlern die Vermeidung ihrer Gastwirtschaften für den Fall in Aussicht stellen, wenn sie Mummert'sches Bier zum Verkauf bringen“, sowie jede Veröffentlichung von Verzeichnissen der Mummert'schen Bierabnahmetellen von Crimmitschau und Umgegend“. Auf großen Plakaten wurde diese „einseitige Verfügung“, die die Ueberschrift „Gegen das Gewerkschaftsstell“ trug, gedruckt und an den öffentlichen Stellen der Stadt angehebt. Wir fürchten für Herrn Mummert, daß dadurch niemand veranlaßt werden wird, der Mummert'sches Bier nicht mag, solches zu trinken; im Gegenteil; die Einwohnergesellschaft wird noch mehr aufmerksam darauf gemacht, was vorgeht, und für nötige Aufklärung, daß Herr Mummert im Unrecht ist, wird schon gesorgt und sorgt er selbst genügend dafür, sind doch am Tage der Verkündigung der amtgerichtlichen „einseitigen Verfügung“ auch die letzten drei organisierten Kollegen, darunter Familienväter mit acht Kindern, auf das Plakat gesetzt worden.

### Verbandsnachrichten.

Vom 14. bis 20. März gingen bei der Hauptkaffe folgende Beträge ein: Hannovers 8,77. Hannover 500.—. Eggenfelden 8,80. Hannover 1,50. Schwab. Gmünd 78.—. Hannover 1,50. Zübingen 13,44. Zwidau I 100.—. Nördlingen 16,20. Karlsruhe —. Kupferdreh 3,90. Bedenich 3,90. Clausthal 6.—. Neullingen 2,371. Wilschhofen 1,70. Wittenberge 24,60. Weisingen 3,90. Raichingen 25.—. Bregendorf 32,90. Würtlich 13,13. Kesselfeld 2,70.

Für Inzerate ging ein: Pforzheim 1,50. Flensburg 5.—. Hamburg 1.—. Mainz 4.—. Nürnberg 2.—. Kassel 1,40.

Für Abonnements ging ein: Sektion Rheinfelden 7.—. Sektion Zürich 40,60.

Material ist abgehandelt: Köln 100 Mitgliedsbücher und 400 Marken à 30 Pf.

\* Ausgeschloffen wurde auf Antrag der Zahlstelle Nürnberg das Mitglied August Messerer, geb. 23. November 1874 in Weisingen, eingetreten am 1. November 1901. Buch-Nr. 14 173.

\* Wo befindet sich der Brauer Bachl, Verb.-Nr. 12548. Auskunft erbittet Der Hauptvorstand.

\* Berlin i. (Brauer.) In der nächsten Woche (vom 27. März bis 2. April) zahle ich die Unterstützung an den bekannten Tagen mit tag s von 12 bis 2 Uhr aus.

F. S. G. w. e. l. e. r., Gneisenaustraße 6a, III. Freiberg i. S. Die Wohnung des Vertrauensmannes M. Meier ist vom 1. April ab: Untere Bangeasse 13 p. Dasselbst wird dann auch Unterstützung ausgezahlt von 6 bis 7 Uhr abends.

\* Hagen. Vorsitzender ist G. K. I. e. b. e. d., Sunderloherstraße 3.

\* Hamburg. (Sektion I.) Den Vertrauensleuten zur Kenntnis, daß wegen Todesfalles der Kollegen S. G. h. e. l. e. und W. e. h. e. l. für die Monate März und April je ein Sterbebeitrag zu erheben ist.

### Briefkasten.

Karl, Gärth. Bericht von der Gaukonferenz müßte, wie noch verschiedene andere Einsendungen, wegen Raummangel zurückgestellt werden.

### Versammlungsanzeigen.

Berlin. (Sektion II.) Sonntag, 27. März, 2 Uhr, in Kellers Festsaal, Köpenickerstraße 29.

Brüssel. Sonntag, 27. März, 3 Uhr, im Vereinslokal, Rue Chartreuse Nr. 63: Generalversammlung.

Hirschfeld. Sonnabend, 26. März, 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“: Kombinierte Versammlung beider Sektionen. Bericht über die Tarifverhandlungen mit den Brauereibesitzern. Brauereiarbeiter, auch unorganisierte, erschein alle!

Hürstenwalde. Dienstag, 29. März, 8 Uhr, im „Schloßkeller“. Alle Mann erscheinen.

Hagen. Sonntag, 27. März, 3 Uhr, bei Günther Schmidt. Hann i. Westf. Am Karfreitag, 1. April, 2 Uhr, im Lokale des Herrn Winkler, Königstraße 3: Kombinierte Versammlung der Brauer und Mälzer.

Leipzig. Sonnabend, 26. März, 8 Uhr, im Restaurant Kaiser, Seeburgstraße 84.

Magdeburg. Sonnabend, 26. März, 8 Uhr, bei Bartels, Fabrikstraße. Alle erscheinen, Bücher mitbringen. Nichtorganisierte sind eingeladen.

Selle. Sonntag, 27. März, 4 1/2 Uhr. Erscheinen aller erwünscht.

Eberfeld. Freitag, 25. März, 8 Uhr, im „Volkshaus“: Verbands- und Vertrauensmännerziehung. Weitere Einladung erfolgt nicht.

Mainz. Sonnabend (nicht Sonntag), 26. März, 8 1/2 Uhr, in den „Drei Hühnern“.

Offenbach. Sonntag, 27. März, 3 Uhr, im „Festschen Hof“ in Bieber.

Für Brauerei-Vertreter. Leistungsfähige, modernen eingerichtete Kaffee-Mälzerei sucht bei Hotels, Restaurationen zc. vorzüglich eingeführte Vertreter. Energische, strebame Herren wollen gest. Offerten mit Referenzen und Angabe des Wohnortes unter G. O. 5003 an Rudolf Mösse, Bremen, einl. aden.

Altes Treibriemenleder à Pfd. 25 Pf., verk. geg. Nachn. M. R. Seiler, Mglau i. W.

C. R. Wittber jetzt Copitz a. Elbe. Fabrikant der altbekanntesten

Chemnitzer Holzschuhe und Mälzer-Pantoffeln mit Doppel-Fußsohlen und Doppel-Ledersohlen.

Unsern werten Verbandskollegen Max Thorwirth und seiner lieben Frau zu dem am 19. März stattgefundenen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Zu dem am 20. März stattgefundenen Verlobung unserer Kollegen August Lotz mit Fräulein Käthe Winter die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Brauerei Warenkammer Kassel. Unsern werten Kollegen und langjährigen Kassierer Heim-Fickl zu seiner Abreise nach Düsseldorf ein herzl. Lebewohl und viel Glück zu seinem Unternehmen als Gastwirt. Sämtliche Kollegen der Zahlstelle Weimar.

Zahlstelle Weimar.

Zahlstelle Weimar.